

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

23 a r m e n

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Bernstr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Stahl.)

Die Stimmung in Paris.

GA. Paris, 21. Febr. (Fig. Drahtb.) Es
bezeichnend für die heftige Stimmung, daß die
neutigen Besprechungen zwischen dem belgischen
Ministerpräsidenten Theunis und Poincaré sowie
anderen Leitern der Austraktion so außer
gewöhnlich erwarteter werden. Der Stimmungs-
schwung, der durch diese Gleichgültigkeit zum
Ausdruck kommt, erklärt sich dadurch, daß der frü-
heren Plan der „Organisation“ vom Ruhrgebiet
und den Rheinlande zu Niederberstellung
werden heute fast allgemein als ge-
schleiert und unausführbar ge-
halten wird, und daß die Aktion nur noch
ein nicht bewährtes Mittel zur
Ausübung eines Druckes auf
Deutschland gilt. Das neue Papier-
stück für die Rheinlande und das Ruhrgebiet,
dessen Ausgabe heute aller Voraussicht nach
bestimmt wird, erscheint jetzt nur noch als eine von
Deutschland verursachte unerwünschte Komplika-
tion, trotz aller Genußnahme, mit der das meist
verborgenen blühende Komitee für das linke
bezeichnet diesen „rheintal“ oder die „rhei-
nische Mark“ begrüßt hat. Ueber die Beschlüs-
se wird heute nachmittags ein endgültiger Be-
schluß gefaßt werden. Für den Augenblick scheint
es festzustellen, daß der „rheintal“ Fran-
kreich endgültig abgegeben ist.

Die einzige Frage, die zur Stunde ernstlich in
Betracht kommt, ist wann Deutschland sich ernst-
lich bereit finden wird, annehmbare Vor-
schläge zu machen und dadurch die Forder-
ungen in ihrer gegenwärtigen Gestalt zum Ab-
schluß zu bringen. In dieselben politischen Streifen
man davon überzeugt, daß die Reichs-
regierung auf den Sturz Bismarcks
achtet und diese Annahme bildet den sicher-
sten Schutz des Ministerpräsidenten gegen seine
Gegner.

GA. Paris, 21. Febr. (Eig. Drabth.) In
wollen, die gut unterrichtet sind, wird behauptet,
Poincaré werde das Ruhrabenteuer
aber heute als morgen liquidie-
ren, wenn er eine Möglichkeit sehe, sich und
die französische Politik mit Anstand aus der Affäre
zu ziehen. Die größte Schwierigkeit scheint aber
nicht hiesse das „Wie“ zu sein, und selbst ein
angesehener Gegner der Poincaréschen Poli-
tik wie de Jouvenel meint im „Ceuvre“: „Man
darf von der französischen Regierung nicht er-
warten dürfen, daß sie öffentlich zugebe, sie habe
geirrt, und über Nacht von der Ruhr wegebe-
re, die gekommen sei. Was man von ihr billiger-
weise verlangen könnte, sei, daß sie so schnell
als vortheilhaft wie möglich ihre
Operation liquidiere, die sicherlich
Frankreich zu ruinieren in der Lage sei, die
er unweigerlich die völlige Ver-
wüstung Frankreichs im Gefolge
geben müsse. Die Aktion der Militärs schlebe
Tanzleier der Unterhändler nicht unbedingt
zu, und da Deutschland sicher ebenso großes In-
teresse an dem Ende der Ruhrbewegung habe wie
unser Land, so müsse ein Kompromiß zu-
gesehen sein. Die an die Adresse Englands
gestatteten gerühmte Ablehnung einer Vermitt-
lung habe lediglich die Bedeutung, daß Frankreich
in diesen beiden Ländern nicht
hinterlistig, sondern Verführer
sein wünsche. Deshalb dürfen sich die
neutralen nicht abschreden lassen, der fran-
zösischen Regierung wenn nicht eine Vermittlung,
doch wenigstens eine diplomatische Intervention
zum Ziele einer definitiven Lösung anzu-
rathen.“

französische Anleiheversuche in England

Z. London, 21. Febr. (Trahts. der „B. B.“) Seit Tagen versuchen hier anwesende finanzielle Agenten Frankreichs einer französischen Anleihe den Weg zu bahnen, wofür sie 7 Prozent Goldbonds vorschlagen. Sie verlautet, besteht wenig Aussicht, das Geld bekommen, obwohl ein bekanntes internationales Bankhaus nicht prinzipiell abgelehnt, die Bonds in England zu plazieren. Die Amerikaner erhielten bereits eine Ablehnung in Amerika und werden weiterhin in Skandinavien ihr Glück versuchen.

andere französische finanzielle und industrielle Interessen sind zurzeit demüthigt, englische Ziele für einen großzügigen Plan des gemeinsamer Ausbeutung besetzten Rheinprovinz bezw. der begründenden rheinischen Republik zu gewinnen. Das Angebot steht in dieser Form die kapitalistischste und industrielle Welt Englands an der von Frankreich besetzten Industriezone vor. Die Verhandlungen, die von der sogenannten Finanzoffiziersabhangig sind, schweben und sind unbedingt ernstnehmen. Die englische Regierung hat dabeisowenig zu tun wie etwa mit britischen Ausreisestellungsstellen den Leuten nach der Ruhr. Es bleibtwarren ob eine kooperierende englisch-französischesGemeinschaft ausstünde kommt.

Sie brauchen ihre Verbündeten.

TU Paris, 21. Febr. (Drahtb.) Der Senator
Journelles de Constant hat an

Polnars einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt: Ich bleibe bei der Ansicht, daß eine Umsprache über das folgeschwere Unternehmen im Senate stattfinden kann, ohne daß dadurch die deutsche Regierung zu einer unerlaubten Verletzung des Vertrages ermutigt und ohne daß dadurch die Unterstützung durch unsere Verbündeten in Frage gestellt wird. Ich glaube eher das Gegenteil. Die deutsche Regierung rechnet mit unserer Isolierung. Darin liegt ihre Stärke. Wir haben den Krieg nur unter Mitwirkung unserer Verbündeten gewonnen, und wir können auch den Frieden nicht ohne unsere Verbündeten wieder herstellen, für die er ebenso notwendig wie für uns und die ganze Welt ist.

Holz zu verkaufen! — Niemand will es!
GA. Ludwigshafen, 21. Febr. (Eig. Drahtb.) Der französische Präsident der Internationalen Rheinlandskommission, Tirard, hat französischen Blättern mitgeteilt, daß die erste Holzer-

Gegen Wucher und Preistreiberei.

Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren möglich.

Berlin, 20. Febr. (Drahtb.) Im Rechtsaus-
schuß des Reichstages wurde das Rotgesetz beraten,
das aus Anlaß des widerrechtlichen Einbruchs in
das Ruhrgebiet die Anpassung einiger Bestimmungen
des geltenden Rechtes an die besonderen Ver-
hältnisse erstrebt.

Angenommen wurde, wie schon kurz gemeldet, die Regierungsvorlage, wonach bei vorläufigen Zwischverhandlungen gegen die Strafverurtheilten über Freistreiberei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handel auf Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr oder auf Selbststrafen von 100 000 Mark oder mehr erkannt werden soll. Neben der Strafe soll stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten des Schuldigen angeordnet werden. Ein Antrag des Abgeordneten Dr. Bell (Str.), der angenommen wurde, bestimmt außerdem, daß für den Fall, daß der Verurtheilte innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz verlegt, dann auch dort die öffentliche Bekanntmachung und der öffentliche Anschlag auf seine Kosten anzubringen ist.

Gemäß einem vom Ausschuss angenommenen Antrag des Abgeordneten Barmuth (Deutsch. Volksp.) wurde die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates die geltenden Vorschriften zum Zwecke einer wirksamen Befämpfung der Preistreiberien, des Schleichhandels, der verbotenen Ausfuhr und Einfuhr und des unzulässigen Handels sowie über Höchstpreise, das Preisprüfungs-wesen, die Auskunftsspflicht über wirtschaftliche Verhältnisse, den Preisausgang und andere Beschränkungen des Handels und Gewerbes in neuen Verordnungen zusammenzufassen. Dabei kann sie die geltenden Vorschriften, soweit dies zur Vereinheitlichung oder Klarstellung der Vorschriften oder zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse oder zur wirksamen Befämpfung der Preistreiberien und anderer Auswüchse des Wirtschaftslebens erforderlich ist. Sie kann auch die Zuständigkeit der Bundesgerichte ausdehnen und Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Urteile des Bundesgerichtes anordnen sowie die Vorschriften über Eingehung von Gegenständen in selbständiger Befassung, über Verwertung sichergestellter oder beschlagnahmter Gegenstände, über die Verhaftung des Irren im Strafverfahren sowie über die Enteignung von Gegenständen des täglichen Gebrauchs neu regeln. Die Verordnungen der Reichsregierung find dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und

Heigerung in der Pfalz am 24. Februar stattfinden werde. Tatsächlich haben bereits am 15. und 16. Februar Holzversteigerungen stattgefunden, allerdings mit negativem Erfolg. In Rastatt sollten am 15. Februar große Kiefern Grubenholz, Eichenholz und Buchenholz angeboten werden, doch wurde kein Gebot abgegeben. In Landau wurden nur von drei französischen Firmen kleinere Sortimente Grubenholz erworben. Im übrigen bleibt abzuwarten, wie sie das Holz abfahren wollen, da sich kein deutscher Fuhrmann dazu bereit findet.

Neuer Truppen-Nachschub.

GA. Frankfurt, 20. Febr. (Eig. Drahtb.)
In Trier und Umgebung werden starke Trup-
pentransporte nach dem Ruhrgebiet beobach-
tet. Seit gestern gingen durch Trier 15 Mil-
itärzüge mit Artillerie, Tanks und Mannschaften
durch.

auf sein Verlangen ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Abgeordneten Emminger (Bayer. Vp.), wonach derjenige, der es unternimmt, Gegenstände, die der Reichswirtschaftsminister als lebenswichtig bezeichnet hat, ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiete auszuführen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft wird. Neben der Freiheitsstrafe soll auch ein Geldstrafe von mindestens 50 000 Mark erkannt werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe soll unbeschränkt bleiben.

Auch wurde folgende Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel angenommen: Wer sich des Schleichhandels, einer vorläufigen Preistreiberei oder einer vorläufigen verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren und mit Geldstrafen von mindestens 100 000 Mark bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe soll unbefristet sein. Abgemildert wurde dagegen die beantragte Todesstrafe.

Einem Antrage des Abgeordneten Dr. Bell (3.) zufolge wurde auch folgende Bestimmung angenommen: Etzgi dringender Verdacht des Freistreibens, des Schleichhandels, der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände oder des unzulässigen Handels vor, so ist die vorläufige Schließung des Geschäfts des Täters und die Beschlagnahme derjenigen Waren, auf die sich seine strafbare Handlung erstreckt, anzuordnen. Die Beschlagnahme steht dem Richter, bei Gefahr im Verzuge dem Staatsanwalt zu. Hat der Staatsanwalt die Beschlagnahme angeordnet, so soll er binnen drei Tagen die richterliche Bestätigung nachsuchen. Auf die Durchführung der Beschlagnahme finden die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Vollziehung und die Wirkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung.

Angenommen wurde schließlich, einem Antrage des Abgeordneten Dr. Kadbruch (Sog.) entsprechend, die Bestimmung, daß von jeder rechtskräftigen Verurteilung wegen einer der bezeichneten strafbaren Handlungen die Strafvollstreckungsbehörde sofort der für die Erteilung der Handelserlaubnis ober der Unterlagung des Handels zuständigen Behörde oder Stelle Mitteilung zu machen hat. Diese soll in jedem Falle prüfen, ob die Erlaubnis zum Handel zurückzunehmen oder der Handel auszuliegen ist.

Die Abstimmung über weitere Maßnahmen wird morgen fortgesetzt werden.

Die Ruhrfrage und der Völkerbund.

Das englische Unterhaus hat den Antrag der Liberalen, die Aufrufgabe vor den Völkern zu bringen, abgelehnt. Es kann dazu nur noch einmal festgesetzt werden, daß schon aus den Reden Bonar Law's und Lord Curzon's hervorgeht, daß die beiden englischen Staatsmänner auf den Völkern nur aus Verlegenheit zurückgreifen würden. Nach den Satzungen des Bundes kann er zwar Nichtmitglieder vor sein Forum zitieren, aber diese Mitglieder haben keinen Anspruch auf Intervention. Nach den Erklärungen der letzten Jahre greift der Völkern nur dann ein, wenn dies im Interesse seiner Mitglieder gelegen ist. Bei der letzten Völkerversammlung in Paris zum Beispiel konnten Frankreich und Belgien eine Intervention in der Aufrufgabe ablehnen, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil zur Intervention ein einstimmiger Beschluß des Rates notwendig ist, der angesichts der Haltung der beiden Staaten naturgemäß ausgefallen ist. Bonar Law hat daher ausdrücklich mit vollem Recht erklärt, daß der Bund nur mit der Zustimmung Frankreichs und Belgiens angerufen werden kann. Würde man also dem Völkern die Lösung der Aufrufgabe unterbreiten, würde zwar Deutschland formal die Beauftragung haben, vor dem Völkern zu erscheinen, aber niemals als Vertreter an der Entscheidung mitwirken können. Diese Unterlage ist den von Frankreich und Belgien beeinflussten

übrigen Mitgliebern. Die verschiedenen Entschlüsse über Oberschlesien, Eupen-Malmédy, die Regierung des Saargebiets und die Befetzung der Ruhrhäfen im Jahre 1921 illustriert deutlich die wahrheitsfeindlichen Ergebnisse derartiger Völlerbund-Interventionen. Eine Lösung irgendwelcher Probleme durch den Völlerbund wäre also nur unter Beteiligung aller Weltmächte möglich. Da aber Amerika jede Mitwirkung im Völlerbund in der gegenwärtigen Verfassung ablehnt, so kann nach den bisherigen Erfahrungen für Deutschland eine Intervention durch den Völlerbund nur dann in Frage kommen, wenn genügend Garantien für die Unparteilichkeit einer Entscheidung gegeben sind. Das erscheint vorläufig ausgeschlossen. Sollte Frankreich wirklich die Lust zu erkennen geben, den Völlerbund mit der Ruhrfrage zu befaßen, so würde das nur aus dem Grunde geschehen, weil man in Paris nicht mehr aus noch ein wüßte und durch den Völlerbund am bequemsten aus der fatalen Situation herauszukommen hoffte. Was wir brauchen, sind direkte Verhandlungen zwischen den Hauptmächten unter völliger Gleichberechtigung Deutschlands. Das Ruhrgebiet darf aber niemals zum kompensations-Objekt für irgendwelche Reklamationen Deutschlands gemacht werden, sondern seine Lösung wird nur die erste Voraussetzung für die Lösung bilden können.

Der Reichskanzler über Frankreichs Politik.

WTE. Berlin, 20. Febr. (Draht.) Reichs-
kanzler Dr. Cuno äußerte sich einem Vertreter der
„Fester Lloyd“ gegenüber dahin, die Ziele der
französisch-belgischen Politik seien die Hebung
der Grenze und die völlige Auflösung
des Deutschen Reiches. Darüber bestreite
Europa kein Zweifel mehr. Hinter diese Bestreb-
ungen stellten sich die wirtschaftspolitischen Aspira-
tionen der französischen Großindustrie. Die franzö-
sische Politik strebe, nachdem sie ihr Ziel durch den
Friedensvertrag nicht völlig habe erreichen kön-
nen, danach, die Verpflichtungen Deutsch-
lands aus dem Friedensvertrag so hoch ge-
schraubt, daß sie nicht erfüllt werden
könnten. Frankreich wolle auf diese Weise we-
nigstens eine formale juristische Hand-
habe besitzen, um seine Ziele weiter zu verfol-
gen. Bei dieser Sachlage habe es für Deutschland
nur ein Mittel gegeben, die Befestigung des Aus-
gebietes zu vermeiden, nämlich die Unterwer-
fung unter die Ziele der französischen Politik.
Dies aber sei mit der Existenz und der
Souveränität Deutschlands unver-
einbar und dürfte daher auch von keine
deutschen Regierung anerkannt werden. Deutsch-
land werde mit allen ihm zu Gebote stehenden
Mitteln gegen den französisch-belgischen An-
spruch als freies und unabhängiges Land kämpfen. Ge-
kürzt auf sein Recht und seine Ent-
schlossenheit, sei sich das deutsche Volk be-
wußt, daß ihm schließlich der Sieg beschieden sei.
Diesen Sieg, so schloß der Kanzler, wolle
Deutschland aber nicht so gebietet wissen, als ob
es sich dann der Mitarbeit an dem Wiederaufbau
entziehen wolle, und als ob es die Verpflichtung
die gerecht und erträglich seien, ablehnen würde.

Auflösung des Steines mit Gewalt.

In einem Artikel der „Action Française“ über den politischen Charakter der Besetzung des Ruhrgebiets heißt es u. a.:

„Solange die Auflösung des deutschen Staates nicht in Berlin ausgesprochen ist, wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, im Rheinlande Befriederendes zu erreichen. . . Die Schwierigkeiten kommen daher, daß Deutschland noch eine Einheit ist und noch eine geordnete Regierung besitzt. Diese Regierung, diese Ordnung, dieses Gesetz, diese Einheit müssen zerklagen werden, wenn wir es zur Sonderinteressen und Wünschen zu tun haben wollen, mit denen wir uns verständigen können. Das Ruhrgebiet könnte eine Föderation von Arbeiterpublikationen bilden. Bielefeld und Plessau könnten von heute auf morgen einen Fürsten aus dem Hause Luxemburg berufen. . . All dies kann jedoch nur geschehen durch Auflösung des Reiches, und die wird nur mit Gewalt erfolgen. Die Macht haben wir in Händen.“

Eine Mahnung.

Der „Zeitungsverlag“, das Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger, schreibt:

Wir warnen dringend vor jenem leichtfertigen Optimismus, der ganz im Still der schlechten Propaganda unserer Kriegsjahre schon wieder am Werke ist. Mit „Durchhalten“-Schriften aus dem Hinterland ist — der Bergarbeiterblatt an der Ruhr hat es deutlich genug gesagt — nichts getan. Die Zeitung darf nie und nimmer falsche Siegesgewissheit zur Schau und ins Volk tragen. Sie muß das Volk aufklären über die Schwere des passiven Abwehrkampfes und ihm sagen, daß noch viel Schlimmeres zu erwarten ist. Die Zeitung muß sich vor Hurra- und Phrasen-patriotismus in jeder Ueberschreift hüten. Sie wahren Wahrheit, Beherrschung des Wortes und seiner dynamischen Wirkung, nie war selbstbestimmung des Zeitungsschreibers notwendig als heute. Auch vor falschem Optimismus auszuweichen, wird Unheil ernien. Auch die kriegerische Feste, die zugleich mit den abgegriffenen großen Worten schon wieder bemerkbar wird, ist in der deutschen Presse der französischen Propaganda hochwollkommen. Vor allem mühen sich die Zeitungen hüten, wenn sie nicht den Widerstand durch Enttäuschungen entfräften und die Stellung des Feindes verstärken wollen.

Sie werden trocken gelegt.

Wtl. Berlin, 21. Febr. (Traht.) Halbemisch wird mitgeteilt: Der Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahndirektion beauftragt, die Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität an alle die Dienststellen in Kassen zu lassen, die in gemeinnützige Industriebetriebe übergegangen sind. Beauftragt worden die Lieferanten angewiesen, die Zusendungen von Gas usw. nach diesen Dienststellen unterbrechen.

Beschwerde über die Gelsenkirchener Vorgänge.

WTB. Berlin 20. Febr. (Drahtb.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der die Vorgänge in Gelsenkirchen sachlich dargelegt und scharfer Protest eingelegt wird.

braucht die Frauen
um sie nach kurzem S
feulich erlassen zu wo
Nach ruheloser Fahr
schließlich Frau Wals
von seinem Wiedertau
Ele, in ihrer klaren
in seinen Armen lieg
dem sie nicht willens
Erinnerung in seiner
sehen. Da sie nicht b



Hermann
 Friedrich
 Wilhelm

ein
 zeige
 Aloys
 Hedwig
 Eiberfeld,

Jannetse
 Käthe

dur
 ein
 wur
 Wilhe
 Eiberfeld (Ole

Mar
 Erich v
 V

Barmen-U.
 Knicstr. 2
 21.

St

Trude
 Richa
 V

Dortmund
 Goebenstr. 28

St
 Hans
 Eleonore
 Ve

Eiberfeld, d
 Hochstraße 78

Frit
 Lise
 geb. 1
 Ve

Barmen, de
 Neuerweg 35

St

Ihre Vermähl
 Hans
 Elsa
 ge
 Barmen-R., de

Statt Beso

Gestern
 ents-hilf
 schwerem
 bereitet du
 sakramente
 geliebter
 sorgende V
 unser lieb
 Bruder, Sch
 Neffe, Schw

Artu

im blüheu
 26 Jahun.

Um stille

Die trauernd
 Eiberfeld - S

Die Beerdig
 23. 2. 23, nachm
 Sonnens (Hau
 sollte jeman
 besondere Anze
 bitten wir diese

Dank

Für die Üb
 nahme beim K
 lieben Verst
 hiermit allen
 den und Bek
 gefühlten Da

Familie R

Dank

Für die viele
 nahme und die
 beim Heimgange
 unverglichen l
 herzensguten, d
 schweigers, Neide

Freit

sage wir allen
 inaberrunde H
 traustricken W
 Grab die liebe
 herzlichsten Dank
 bliesen:

Wwe. Fritz Edla
 Aug. Edlins e. Fr
 Barmen, d

Krämpfte

wistens, ab
 leichende, d
 liden, und d
 werten m
 ngelut. Erkr
 rebs, wog
 2. Barmen
 1909. 2. 2. 11, 2.